



FDP Landesverband Bremen, Sandstraße 2, 28195 Bremen

Bremer LandesASTenkonferenz
z. Hd. Frau Lena Weber
Vorsitzende des AStA der Universität Bremen

FDP-Landesverband Bremen
Dr. Oliver Möllenstädt
Landesvorsitzender
Tel. 04 21 - 222 7 222
Fax 04 21 - 34 21 45
bremen@fdp.de
Sandstraße 2
28195 Bremen

Bremen, 18. März 2011

Sehr geehrte Frau Weber,

ich freue mich über Ihr Interesse an den Positionen der FDP zum Thema Studium und Hochschulpolitik. Gerne möchte ich für die FDP Bremen zu ihren Fragen Stellung nehmen.

Studiengebühren

- *Welchen Standpunkt vertreten Sie gegenüber allgemeinen Studiengebühren?*

Die FDP Bremen spricht sich gegen allgemeine, gesetzliche Studiengebühren aus und tritt dafür ein, dass die Hochschulen im Rahmen einer erweiterten Hochschulautonomie selbst über Studienbeiträge entscheiden können. Entscheidend für die FDP ist, dass mit den eventuell von den Hochschulen erhobenen zusätzlichen Geldern ausschließlich die Lehre unmittelbar verbessert wird. Eine Senkung der staatlichen Finanzierung im Zusammenhang mit einer Gebührenerhebung lehnen wir ab.

- *Wie beurteilen Sie die bestehende Grundlage (das Bremer Studienkontenmodell) für die Erhebung der Studiengebühren?*

Die FDP tritt für mehr Autonomie der Hochschulen im Land Bremen ein. Das Studienkontenmodell mag eine Möglichkeit sein, wie die Hochschulen Beiträge erheben, es sollte jedoch nicht festgeschrieben werden.

- *Wie stehen Sie zu der Erhebung der Verwaltungsgebühren (Semesterbeitrag)?*

Nach Ansicht der FDP stellen die Verwaltungsgebühren in der momentanen Form keine sinnvolle Kostenbeteiligung der Studierenden dar, weil sie keine Verbesserung der Studienbedingungen bedeutet. Sofern den Hochschulen die Erhebung von Beträgen freigestellt wird, fällt auch der Semesterbeitrag unter diese Regelung.

Hochschulfinanzierung

- *Im Bildungswesen wird drastisch gespart. Wieviel soll/kann laut Ihnen der Staat und ins Besondere das Land Bremen überhaupt noch in Bildung investieren (z.B. gemessen am Anteil des BIP)?*

Bildung muss in Bremen endlich Priorität haben. Auch im Sinne langfristig ausgelegter Haushaltspolitik darf in diesem Bereich nicht gespart werden. Gute Bildung hängt aber nicht nur von ausreichend Geldmitteln ab, sondern auch von den Rahmenbedingungen. Wir treten deshalb für mehr Verantwortung der Schulen und Hochschulen ein, die am besten wissen, wie sie das ihnen zugeteilte Geld ausgeben.

• *Halten Sie die derzeitige Grundfinanzierung der Hochschulen für ausreichend?*

Die FDP hat die im Hochschulgesamtplan V vorgenommenen Kürzungen abgelehnt. Wir setzen uns für eine Rücknahme dieser Maßnahmen ein. Zudem fordern wir mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen, da die Hochschulen Planungssicherheit brauchen.

• *Was wäre für Sie der ideale Anteil an Drittmitteln innerhalb der Grundfinanzierung?*

Drittmittel sind für die moderne Forschung extrem wichtig und die Hochschulen in Bremen sind im Einwerben besonders erfolgreich. Aus Sicht der FDP ist ein hoher Anteil an Drittmitteln ein Ausweis von Anerkennung der Leistungen der Hochschulen. Die staatliche Finanzierung muss die Grundleistungen des Hochschul- und Studienbetriebs abdecken – Drittmittel sind jedoch angesichts der Haushaltslage für die Forschung unerlässlich.

• *Wie finden Sie die momentane Entwicklung an den Bremer Hochschulen, in der zunehmend Stiftungsprofessuren eingerichtet werden?*

Stiftungsprofessuren sind eine besondere Art der Unterstützung Dritter. Die FDP begrüßt die Anwerbung von Stiftungsprofessuren durch die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Zudem wird dadurch das wichtige Verhältnis zwischen den Hochschulen und dem Stiftungsgebern gestärkt, insbesondere wenn es sich um lokal aktive Unternehmen handelt. Der Praxisbezug in Lehre und Forschung eröffnet wertvolle Chancen für Arbeit und Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven.

• *Hanse Wasser-Hörsaal und Beluga-Boulevard: Wünschenswerte Finanzvision oder Untergang der akademischen Unabhängigkeit?*

Die FDP steht dem Sponsoring offen gegenüber. Natürlich müssen die Hochschulen darauf achten, dass die Unabhängigkeit wissenschaftlichen Arbeitens nicht angetastet wird, doch diese Gefahr besteht in den genannten Beispielen unseres Erachtens nicht.

• *Was wollen Sie konkret tun damit der Zustrom der Studierenden im Kontext der doppelten Abiturjahrgänge (und der Aussetzung der Wehrpflicht) von den Hochschulen verkraftet werden kann? Im Hinblick auf:*

a) *die Studienplatzkapazitäten*

b) *die Verwaltung*

Mit dem doppelten Abiturjahrgang (zunächst in Niedersachsen, später auch in Bremen) und der Aussetzung der Wehrpflicht werden die bremischen Hochschulen deutlich belastet werden. Aus unserer Sicht ist es aber nicht möglich durch das Land Bremen für eine Aufstockung der Studienplätze aufzukommen. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dass es im Rahmen der Anstrengungen der Bundesregierung für eine Ausweitung der Studienkapazitäten Finanzhilfen für die Länder gibt.

• *Werden Sie den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung stellen? Wo wollen Sie das Geld hernehmen?*

Dem Bremer Haushalt stehen einschneidende Jahre bevor. Die FDP steht dazu, den Haushalt auf dem momentanen Niveau einzufrieren und sämtliche weiteren Ausgaben durch Einsparungen zu finanzieren. Die gewollten zusätzlichen Ausgaben im Bereich Bildung und Hochschulen müssen deshalb refinanziert werden. Die FDP in der Bremischen Bürgerschaft hat in diesem Zusammenhang eine Liste von über 50 Sparvorschlägen unterbreitet. Diese gilt es zu abzarbeiten. Auch im Bereich der Hochschulen wird Geld ausgegeben, das nicht bei den Hochschulen und den Studierenden ankommt: Die Wissenschaftsverwaltung in der senatorischen Behörde leistet sich beispielsweise nach wie vor einen großen Mitarbeiterstab. Dieser könnte abgebaut und das eingesparte Geld direkt an die Hochschulen ausgegeben werden.

Ausländische Studierende (nicht Austausch-StudentInnen)

- *Was tun Sie dafür, finanzielle Chancengleichheit für ausländischen Studierende zu garantieren (z.B. bezüglich BAföG, Stipendien)?*

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) unterstützt dem Sinn nach das Studium junger Deutscher im In- und Ausland. Für Ausländer, die in Deutschland studieren gibt es ebenfalls unter bestimmte Bedingungen die Möglichkeit sich durch BaföG oder Stipendien zu finanzieren. Es liegt zudem im Interesse der Hochschulen hochqualifizierte und engagierte ausländische Studierende an der Hochschule zu halten und sie beispielsweise mit Stipendien zu unterstützen.

- *Wie beurteilen Sie die zusätzlichen Hürden, die v.a. außer-europäischen Studierenden gestellt werden, wie die das Sperrkonto oder kostspielige Sprachtests (Testdaf)?*

Um ein Studium in Deutschland anzutreten sind Sprachnachweise sinnvoll. Hürden für ausländische Studierende sind daraufhin zu prüfen, ob sie hinsichtlich der gewünschten Wirkung zweckdienlich sind.

- *Was ist Ihre Meinung zu der ständigen Ausweisungsbedrohung außer-europäischer Studierender, vor allem wenn sie nicht in der Regelstudienzeit fertig werden?*

Es liegt in deutschen und im bremischen Interesse, ausländische Studierende, die hier zu Fachkräften ausgebildet werden, im Land zu halten. Die FDP tritt deshalb für ein vereinfachtes Aufenthaltsrecht ein, das Absolventen unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilt. Generell sprechen wir uns für eine grundlegende Reform des Zuwanderungsrechts nach dem Modell des Punktesystems aus.

- *Nach der Ausweisung folgt (häufig) die (endgültige) 'Einreisesperre' für alle Schengen-Länder. Inwieweit würden Sie die Abschaffung dieser Sperre unterstützen?*

Die Ausweisung von ausländischen Studierenden sollte nur bei einem deutlichen Bruch der Vorgaben geschehen. In diesen Fällen ist eine Einreisesperre für andere Staaten gegebenenfalls angebracht.

Geschlechter- und Familienpolitik

- *Was wollen Sie tun, damit die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen*

a) beim Lehrpersonal

b) in den MINT-Fächern und den typischen Frauenstudiengängen sinkt?

Die Tatsache, dass junge Frauen sich seltener für mathematische, informationstechnische, technische und naturwissenschaftliche Fächer entscheiden, ist kein Grund zur Sorge oder zur politischen Intervention. Selbständig entdecken Frauen diese Felder für sich und ihr Anteil steigt langsam. Da heutzutage die Mehrzahl der Studienanfänger weiblich ist, wird sich die Geschlechterverteilung beim Lehrpersonal ebenfalls in einigen Jahren geändert haben. In den Bereichen mit geringem Anteil an weiblichen Studierenden wird sich auch beim Lehrpersonal dauerhaft ein niedriger Anteil ergeben.

- *Was schlagen Sie konkret vor, um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu verbessern?*

Für Studierende, die Eltern werden oder sind, ist die Flexibilität der Angebote enorm wichtig. Deshalb sollten einerseits Teilzeitstudiengänge angeboten werden und es muss eine flexible Kinderbetreuung in Hochschulnähe eingerichtet werden. Entscheidend sind aber auch die Anerkennung durch das Lehrpersonal, insbesondere bei familiär bedingten Fehlzeiten und flexiblere Anwesenheits- und Prüfungsformen.

- *Was wollen für den Ausbau von Teilzeitstudiengängen tun?*

Die Einrichtung von flexiblen Teilzeitstudiengängen für Eltern wird die FDP im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen einfordern.

Studienfinanzierung

- *Unterstützen Sie die Ausweitung des (elternunabhängigen) BAföG?*

Das BAföG hat sich als wichtiges Mittel zur Studienförderung bewiesen. Die FDP tritt für eine regelmäßige an der Preisentwicklung orientierte Erhöhung der Auszahlungsbeträge ein und hat in der Bundesregierung die Erhöhung der Beträge im vergangenen Jahr durchgesetzt.

- *Ein Großteil der Studierendenschaft ist auf Nebenjobs angewiesen: Was wollen Sie konkret zur Verbesserung der Studienfinanzierung der Studierenden tun?*

Neben dem BAföG setzt die FDP auf eine Ausweitung der Stipendienförderung (siehe unten).

- *Wie stehen Sie zu der Einführung von Tarifverträgen für studentische Hilfskräfte?*

Die Aufnahme von Tarifverhandlungen und deren Abschluss obliegt den Tarifparteien: Studierende und Hochschulen sollten darüber diskutieren.

- *Was sagen Sie zu der Aussetzung der Leistungsanreize für BAföG-EmpfängerInnen?*

Die FDP setzt sich sehr für Anreize bei staatlichen Leistungen ein. Die Aussetzung des Rückzahlungsbonus für besonders gute Studierende ab 2012 sollte aus unserer Sicht noch einmal überdacht werden.

- *Wie stehen Sie zum Deutschland-Stipendium?*

Das so genannte Deutschland-Stipendium ist eine große Chance für die Studierenden. Nachdem in Deutschland international die geringste Stipendium-Dichte zu verzeichnen war, hat die Bundesregierung eine Ausweitung beschlossen. Damit wird einerseits mehr Geld für die Studierenden bereitgestellt. Andererseits wird durch die hälftige Finanzierung durch Spenden, privates Kapital für das Studium erschlossen. Das erfolgreiche, unter liberaler Verantwortung eingeführte Stipendien-Programm in Nordrhein-Westfalen zeigt die darin enthaltenen Möglichkeiten.

Studentenwerk

- *Steigende Studierendenzahlen und steigende Nachfrage bei Serviceangeboten: Wird es mehr Geld für das Studentenwerk geben (z.B. für die Zuschüsse der psychologisch-therapeutischen Beratungsstelle, neue Wohnheime)?*

Aus Sicht der FDP muss nicht allein das Studentenwerk einer steigenden Nachfrage, etwa nach Wohnheimplätzen nachkommen. Die aktuellen Bauvorhaben privater Investoren auf diesem Gebiet geben dafür ein gutes Beispiel. Angesichts der nötigen Sparanstrengungen legt die FDP im Bereich der Ausgaben für die Hochschulen die Priorität auf Studium und Lehre, eine Erhöhung der Zuschüsse an das Studentenwerk sehen wir dagegen kritisch.

- *Sind Sie bereit, die anstehende Tarifierhöhung zu tragen?*

Sofern es sich um staatliche und städtische Angestellte und Beamte handelt, steht die FDP einer deutlichen Tarifierhöhung kritisch gegenüber. Angesichts der Haushaltsnotlage kann der um seine Existenz kämpfende Arbeitgeber Bremen seinen Mitarbeitern keine großen Erhöhungen der Bezüge zahlen. Da das Studentenwerk eine eigenständige Institution ist, sollte auf deren Personalpolitik allerdings kein Einfluss genommen werden.

- *Die Esskultur unter den Studierenden verändert sich (Anspruch auf fair-trade Produkte, Intoleranzen, Vegane Küche), was zu höheren Kosten führt. Sind Sie bereit, diesen Bedürfnissen nachzugehen?*

Der Betrieb der Mensen ist eine Angelegenheit der Hochschulen und der Betreiber vor Ort (Studentenwerk). Die Betreiber müssen selbstverständlich auf geänderte Ansprüche und Wünsche ihrer Kundschaft eingehen. Allerdings wird der Zuschuss angesichts der Haushaltslage nicht nennenswert gesteigert werden können.

Studienstruktur

- *Duale Studiengänge: Was halten Sie davon?*

Duale Studiengänge erlauben denjenigen Studierenden, die dies wünschen, besonders praxisnahe und berufsorientierte wissenschaftliche Ausbildung. Damit erschließt sich auch für junge Leute, die vorher eher eine Ausbildung gemacht hätten, die Perspektive einer wissenschaftlichen Ausbildung.

- *Sollten alle studieninteressierten BachelorabsolventInnen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?*

Aus Sicht der FDP sind die Hochschulen in der Verantwortung zu entscheiden, welche Studierende sie in den angebotenen Studiengängen aufnimmt. Auch aus Sicht der höheren Anforderungen des Master-Studiums sind weitergehende Eignungskriterien nachvollziehbar.

- *Wie wollen Sie auf den Mangel der Referendariatsplätze in Bremen reagieren? (die Zahl der Lehramtsstudierenden wird z.B. durch doppelte Abiturjahrgänge noch zunehmen)*

Bremen steht in den kommenden Jahren vor einem Generationenwechsel in den Schulen. Um die ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer zu ersetzen wird es deutliche mehr Einstellungen und in diesem Zusammenhang auch mehr Referendariatsplätze geben müssen, um die Referendare an Bremen und Bremerhaven zu binden. Erste Ausweitungen der Kapazitäten haben wir unterstützt.

- *Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur? Was würden Sie gerne verändern?*

Aus Sicht der FDP sollten die Hochschulen straffer organisiert werden. Die geringe Zahl der Freiwilligen für Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung zeigt, dass die alten Routinen von vielen Beteiligten nicht mehr als hilfreich erachtet werden. Die Lehrenden sollten sich von ungewünschten, bürokratischen Strukturen trennen können, die ihnen Zeit für Forschung und Lehre nehmen.

- *Wie stehen Sie zur Aufnahme einer Zivilklausel ins BremHG?*

Die FDP lehnt eine so genannte Zivilklausel ab. Wir stehen zur Forschungsfreiheit an den Hochschulen und sind der Ansicht, dass dieser von staatlicher Seite geschützt und nicht eingegengt werden sollte. Zudem sichern die in Bremen und Bremerhaven beheimateten Unternehmen aus der so genannten Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wichtige Arbeitsplätze in der Region. Sie von einer wissenschaftlichen Anbindung an die Hochschulen abzuschließen, dient nicht den bremischen Interessen und führt lediglich zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen. Die Verantwortung gegenüber den Angehörigen der Bundeswehr erfordert es, dass diese auch technisch bestmöglich ausgerüstet ist.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Oliver Möllenstädt, Landesvorsitzender